

Titel:

Autor:

Purl: https://resolver.sub.uni-hamburg.de/kitodo/PPN1754726119_19270204

Rechtehinweis und Informationen

Der Inhalt ist gemeinfrei. Das Digitalisat darf frei genutzt werden.



Zum Zwecke der Referenzierbarkeit und einem erleichterten Zugang zum Original bitten wir um folgenden Hinweis bei der Nachnutzung:

Original und digitale Bereitstellung:
Staats- und Universitätsbibliothek Hamburg Carl von Ossietzky
+ Signatur + Link zum Digitalisat

Qualitativ höherwertige Reproduktionen können in verschiedenen Formaten und Auflösungen kostenpflichtig erworben werden. Gebühren werden entsprechend der Gebührenordnung für wissenschaftliche Bibliotheken der Freien und Hansestadt Hamburg erhoben.

Sollten Sie das Objekt in Ihrer eigenen Veröffentlichung verwenden, würden wir uns freuen, wenn Sie uns darüber informieren und uns die bibliographischen Angaben Ihrer Publikation mitteilen. Wir freuen uns natürlich sehr, wenn Sie uns zur Information sogar ein Belegexemplar der Publikation zukommen lassen können.

Kontakt für Nachfragen:
Staats- und Universitätsbibliothek Hamburg – Carl von Ossietzky –
Von-Melle-Park 3
20146 Hamburg
auskunft@sub.uni-hamburg.de
<https://www.sub.uni-hamburg.de>

Die Werdmat im Burgenland.

Wiener Parlamentsdebatte.

SPD. Wien, 8. Februar. (Eigener Drahtbericht.) In der Donnerstagssitzung des Nationalrats stellten die Sozialdemokraten ein dringliches Verlangen, die Werdmat in Schottland zu untersuchen, die dahin ging, ob die Regierung bereit sei, mit aller Energie die schuldtragenden Personen zur Verantwortung zu ziehen und die Frontkämpfer-Organisation im Burgenland, die nicht nur zu einer Gefahr für Ruhe und Ordnung, sondern auch zur Trägerin einer hochverräterischen Bewegung gegen die Sicherheit der Republik geworden sei, aufzulösen.

Der Bundeskanzler antwortete, indem er zunächst einen langen Bericht der Landesbehörde des Burgenlandes und einen Bericht über die bisherige Untersuchung verlas. Er fügte hinzu, daß die Regierung alles tun wolle, damit die Tat geahndet werde. Es handle sich nicht um eine individuelle Tat; auch Beziehungen zwischen den Tätern und der ungarischen Regierung oder ungarischen politischen Persönlichkeiten bestünden nach Auffassung des Bundeskanzlers nicht.

Am Verlauf der Debatte über die Anfrage der Sozialdemokratie erklärte Dr. Renner (SPD.), die Politik der christlich-sozialen Regierung gehe dahin, die österreichischen Interessen im Burgenland preiszugeben. Er schloß mit den Worten:

„Aber das Burgenland gehört uns und bleibt bei uns kraft des Völkerbundes, kraft der Wirtschaftsnähe, kraft der nationalen Angehörigkeit und kraft der Demokratie, die das burgenländische Volk frei gemacht hat, so daß es glücklich ist, frei zu sein vom ungarischen Joch!“

Im Nationalrat stellten die Sozialdemokraten eine Anfrage an den Bundeskanzler wegen der Verfolgung der Deutschen in Südtirol. Es wird darauf verwiesen, daß der Reichsanwalt Dr. Kolb als alter Führer der Deutschen in Südtirol verhaftet und verurteilt wurde, ferner daß Dr. Nicolassi und der Kanonikus Reutner verurteilt worden sind. Der Bundeskanzler wird schließlich gefragt, ob er bereit ist, die Aufmerksamkeit des Völkerbundes darauf zu lenken, wie sich die faktische Gewaltverhältnisse in Südtirol gegen die Deutschen auswirken.

Frankreichs Außenpolitik in Briand's Darstellung.

Paris, 8. Februar. Im Senatsausschuß für auswärtige Angelegenheiten erörterte Briand Bericht über die auswärtige Politik Frankreichs. Das Abkommen von Locarno hätte die Läden des Versailler Vertrages ausgefüllt. In Locarno habe Deutschland die Abriegelung anerkannt und die Alliierten hätten sie garantiert. Auch für die Abriegelung habe Locarno Garantien gegeben, daß die Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich solange nicht vollständig sei, solange die Sicherheitsfrage nicht geregelt wäre. Indessen würde jede Gelegenheit zu friedlicher Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern benutzt werden. Zur China-Politik erklärte Briand, Frankreich trete für die Unabhängigkeit Chinas ein.

Die Abstimmung in der belgischen Arbeiterpartei.

Wahlrecht für Koalitionspolitik.

SPD. Brüssel, 8. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Die Abstimmung der Kreisverbände der belgischen Arbeiterpartei ergab nach dem endgültigen Ergebnis 872 000 Stimmen für, 168 000 Stimmen gegen die weitere Beteiligung der Sozialdemokraten an der Koalitionsregierung bei 42 000 Stimmenthaltungen. Die größten Mehrheiten für die Koalitionsregierung besaßen Lüttich, Charleroi und Mons, die größten Mehrheiten gegen die Koalition Brüssel und Antwerpen auf; über die Hälfte aller Stimmenthaltungen entfiel auf Brüssel.

Stahlhelmer als Denkmalschänder.

SPD. Bochum, 8. Februar. Die Mitarbeiter, die feierlich das Erzberger-Mathenau-Gere-Denkmal auf dem Hohenstein bei Witten a. d. R. mit roter Farbe bemalt haben, sind nunmehr ermittelt worden. Es handelt sich um zwei Mitglieder des Stahlhelms, einen 19jährigen Walter Scharf und einen 18jährigen Friedrich Trapp. Beide haben bereits ein Geständnis abgelegt und zugegeben, daß die rechtsradikalen Verbände nach der Tat verurteilt, den Verdacht auf Mitglieder des linken Frontkämpferbundes abzuwälzen.

Bahrische Staatsbetriebe. Die Umwandlung der Betriebe in eine Aktiengesellschaft, deren Aktien zunächst in Staatsbesitz bleiben, wurde vom Landtag genehmigt. Die Sozialdemokratie stimmte nach Ablehnung ihrer Verbesserungsvorschläge mit Nein.

Schlagereien an der Wiener Universität. An der Universität kam es zu Schlagereien zwischen sozialistischen und deutschnationalen Studenten, als sie die Verteilung sozialistischer Flugblätter verhindern wollten. Die Polizei nahm einige Arrestierungen vor.

Die Gesellschaft

INTERNATIONALE REVUE FÜR SOZIALISMUS UND POLITIK.

Marschall: Ferngaspolitik. — Professor Dr. Siegfried Marschall: Marxistische Grundprobleme in der Soziologie der Gegenwart. — Dr. Salomon Schwarz: Bevölkerungsbewegung und Arbeitslosigkeit in Rußland. — Politik und Industrie in Dänemark. — Nina Bang: I. Die Wahlen. — Peter Velland-Haupt: II. Die Lage der Industrie. — Bücher usw.

Bestellungen zum Heftpreis von 1,50 Mark nehmen die Zeitungsboten und alle Parteiluchhandlungen entgegen

Sozialdemokratische Agrarpolitik.

Bemerkungen zum Programmentwurf.

Von Dr. Gustav Warburg.

In allen entscheidenden Ländern Europas steht die Sozialdemokratie vor den Toren der Staatsgewalt. Überall rüstet sie sich, die Macht zu ergreifen. Kein Wunder, daß theoretische Diskussionen über das Wesen des Sozialismus mehr und mehr in den Hintergrund treten, kein Wunder, daß die Frage, wie sollen wir regieren, das Hauptinteresse in Anspruch nimmt. Doch wenn man die Möglichkeit der Revolution für seine Ziele gewinnen. Heute ist die Sozialdemokratie in fast allen Ländern noch in erster Linie die Partei der industriellen Arbeiter. Allerdings, schon folgen große Teile der Angestellten und Beamten ihren Fährten, schon regt sich auch die Landarbeiterbewegung. Doch die Bauern sind noch nicht gewonnen. Sie sehen im Sozialismus noch eine Art Gottesdienst, der ihnen ihr Land nehmen und sie von der Scholle vertreiben will.

Ohne die Bauern, oder gar gegen die Bauern kann der Sozialismus auf die Dauer nicht regieren. Sind die Bauern seine Feinde, dann fehlt die solide Grundlage für die sozialistische Mehrheit. Die Zahl der Abgeordneten allein ist noch nicht das Entscheidende. Auch die wirtschaftlichen Machtverhältnisse verdienen Berücksichtigung.

Es gilt also, die Bauern zu gewinnen, es gilt das Land zu erobern. Daher brauchen die sozialistischen Parteien ein positives Agrarprogramm. Die österreichische Sozialdemokratie ging daran, die englische Labour Party folgte, und auch die deutsche Sozialdemokratie beschloß auf dem Heidelberger Parteitag, ein Agrarprogramm zu schaffen. Eine Kommission wurde zu diesem Zweck eingesetzt; sie beriet unter dem Vorsitz Dr. Gillerding einen Vorentwurf, den Gillerding, Waack und Krüger-Bühner vorgeliegt hatten. Diese Kommission hat jetzt ihren Entwurf fertiggestellt, über den der Kieler Parteitag im Mai entscheiden soll.

Mit dem Entwurf ist die deutsche Sozialdemokratie einen Schritt in neues Land. Nicht, als ob die Agrarfrage früher keine Rolle gespielt hätte. Im Gegenteil, in Bayern und Preußen wurde heftig über Agrarprobleme debattiert. Karl Kautsky und Eduard David führten die freirechtlichen Richtungen. Beim Kampf um den Revisionismus stand die Agrarfrage mit im Vordergrund. Aber dieser Streit blieb doch rein theoretisch, er ging um die Frage, ob die Entwicklung in der Landwirtschaft zum Groß- oder Kleinbetrieb führe, um die Frage, ob Groß- oder Kleinbetrieb produktiver sei. Wie die Landwirtschaftspolitik der Sozialdemokratie aussehen sollte, danach wurde wenig gefragt, da ja damals die Sozialdemokratie keine Aussicht hatte, an die Regierung zu kommen und dann gegen den politischen und wirtschaftlichen Tagesfragen Stellung nehmen zu müssen.

Doch so interessant die theoretischen Debatten über die Entwicklungsrichtungen auch waren, für die Bauern in ihren Tagesnöten waren sie bedeutungslos. Dem Bauern ist es herzlich egal, ob er erklärt wird, die Zukunft gehöre dem Groß- oder Kleinbetrieb. Der Bauer möchte nur wissen, wie man ihm helfen kann und wie er sich selber helfen soll. Ein Agrarprogramm, das sich auf wissenschaftlichen Höhen bewegen würde, wäre daher verfehlt, ein gutes Agrarprogramm muß vielmehr sagen, was die Partei will. Und unter diesem Gesichtspunkt ist der Entwurf gut. Er befaßt sich nicht auf ganz kurze Bemerkungen theoretischer Art, er ist vielmehr ein Programm und eine praktische Handlungsanweisung.

Aber den Kampf um den Revisionismus miedert hat, wird sich vielleicht wundern, wenn er feststellt, daß der alte Streit um Groß- oder Kleinbetrieb erledigt ist. Kein Wort verliert der Entwurf über die Entwicklungsrichtungen, kein Wort über die Frage, welche Betriebsform produktiver sei. Der Entwurf stellt sich eben mit beiden Füßen auf den Boden der Wirklichkeit, er folgt der Betriebswissenschaft. Und sie hat festgestellt, daß Groß- und Kleinbetrieb ihre Vorzüge haben. Der Großbetrieb als Vorreiter des technischen Fortschritts, der Kleinbetrieb aber, wenn es gilt, den erzielten Fortschritt auszubauen.

Doch wenn der alte Streit auch begraben ist, so heißt das doch nicht, daß nun die Sozialdemokratie sich gar nicht für die landwirtschaftlichen Verhältnisse interessiert. Im Gegenteil, der ganze ausführliche erste Abschnitt des Entwurfs ist den

Frage der Bodenreform

gewidmet. Das Bodenmonopol einer Herrenschicht wird natürlich von der Sozialdemokratie aufs entschiedenste bekämpft. Die rechtliche Verteilung der Bodenkommission genügt nicht, es gilt auch die tatsächliche Bodenverteilung in der Hand einzelner Familien zu beseitigen. Betriebsgrößen, die ein gewisses Maß überschreiten, das natürlich je nach den Verhältnissen verschieden ist — der Entwurf nimmt für den deutschen Osten als Höchstmaß 750 Hektar an — sind volkswirtschaftlich unproduktiv. Hier hat die Enteignung einzusetzen, wobei der Entwurf ausdrücklich Entschädigung vorseht — genau wie der Entwurf der englischen Arbeiterpartei. Aber diese Entschädigung soll nach dem Steuerwert erfolgen; dann würden sich die tatsächlichen Selbstverpflichtungen der Großgrundbesitzer empfindlich rächen.

Das enteignete Land soll zu Siedlungszwecken benutzt werden. Doch folgt der Entwurf nicht etwa einem übertriebenen Siedlungsfanatismus, der der Partei vielleicht hier und da letzten Endes rächen müßte; denn das Siedlungsproblem ist keineswegs im Handumdrehen zu lösen. Die An siedlung eines Bauern, dem man natürlich die notwendigen Gebäude, Inventar usw. zur Verfügung stellen muß, kostet ohne Land rund 40 000 M. Wollte man nur die gewöhnlich nicht übermäßig hohe Zahl von 10 000 Bauern ansiedeln, so müßte der Staat 400 Millionen Mark ohne die Kosten für das Land aufwenden. Man sieht also, die Siedlung ist eine Arbeit von Jahrzehnten. Der augenblickliche Erwerbslosigkeit kann durch Siedlung so gut wie gar nicht abgeholfen werden, ganz besonders, da für Siedlungszwecke in der Regel Industriearbeiter nicht geeignet sind. Eine gesunde Siedlungspolitik wird die armen und dritten Söhne des westdeutschen Kleinbauern im Gebiet des ostdeutschen Groß-

grundbesitzes ansiedeln, sie wird ferner Landarbeitern die Möglichkeit gewähren, selbständige Bauern zu werden. Eine gesunde Siedlungspolitik, wie sie der Entwurf empfiehlt, wird darauf acht geben, daß nur in lebensfähigen Betrieben großen Siedlungsmöglichkeit, und gerade darum ist er für die Bauern um so wertvoller.

Doch darf die sozialdemokratische Bodenreformpolitik nicht allein den selbständigen Bauern berücksichtigen, auch an den

Bäuer

muß sie denken. Selbstverständlich tritt die Sozialdemokratie für den Ausbau des Pächters ein, der dem Pächter Sicherheit gibt, daß die von ihm aufgewandte Mühe auch ihm zu Gute kommt. Mündungsgeld, Entschädigungspflicht für Meliorationen sind hier die Hauptforderungen. Von Bedeutung ist schließlich noch die Forderung, daß Pächter, die sich weigern, ihren Boden richtig zu bestellen, enteignet werden können. Ein durchaus sozialistischer Gedanke, der das Allgemeinwohl höher stellt als das Privatvermögen.

Doch so wichtig die Forderungen zur Bodenreform auch sind, die entscheidende Bedeutung des Entwurfs liegt in den zwei folgenden Abschnitten über die

Förderung der landwirtschaftlichen Erzeugung und die Regelung des landwirtschaftlichen Absatzes.

Sozialismus ist Produktionspolitik. Auch in dem Entwurf ist das wieder klar ersichtlich. Nicht ist unfinniger, als zu behaupten, die Sozialdemokratie denke nur an das Augenblicksinteresse der städtischen Konsumenten und vernachlässige deshalb den Produzenten. Gewiß treibt die Sozialdemokratie Konsumentenpolitik, aber sie weiß, daß es keine bessere Konsumentenpolitik gibt, als Förderung der Produktion.

Sollen die Reallohn der Industriearbeiter steigen, dann muß auch die landwirtschaftliche Erzeugung gesteigert werden. Das kann nur auf zwei Wegen geschehen. Entweder muß neuer, fruchtbarer Boden in Uebereise angebaut werden, dessen Transportwege günstig ist, oder es muß aus der heimischen Landwirtschaft mehr herausgeholt werden. Zur Zeit der großen Industrialisierung Europas, am Ende des vorigen Jahrhunderts, ging man den ersten Weg. Lange Jahre lang wurden in Nordamerika unter dem Flüg genommen. Amerikanisches Getreide überschwemmte den europäischen Markt, der das Getreide mit seinen Industrieprodukten kaufte. Dieser Weg ist heute versperrt. Der gute Boden ist bebaut, neuer Boden kann nur noch unter steigenden Kosten angebaut werden. Steigende Kosten bedeuten aber sinkende Reallohn für den konsumierenden Arbeiter. Also muß der zweite Weg beschritten werden. Aus heimischem Boden muß durch technische Fortschritt mehr herausgeholt werden. Das ist das Ziel, das der sozialdemokratische Programmentwurf setzt.

Förderung der landwirtschaftlichen Erzeugung durch technischen Fortschritt.

Das ist kein unmögliches Verlangen. Allein durch Stickstoffdüngung kann Gemaltes erreicht werden. Gegenüber 1913 ist bereits ein Fortschritt erzielt. Damals wurden 185 000 Tonnen Stickstoffdüngung verwendet, heute ist die Menge bereits fast verdoppelt, es werden nämlich 385 000 Tonnen verwendet. Doch auch das sind erst 11 Kilogramm pro Hektar der genutzten Fläche. Bei rationeller Düngung müßten mindestens 30 Kilogramm pro Hektar verwendet werden, also im ganzen 1 Million Tonnen. Heute werden rund 18 Millionen Tonnen Getreide erzeugt, bei rationeller Düngung könnten 30 Millionen Tonnen gewonnen werden. Und das ist allein die Düngungsfrage. Wenn man die anderen Zweige des technischen Fortschritts auch noch berücksichtigt: Verwendung von Kraftfuttermitteln, hochwertiges Saatgut, leistungsfähige Tierzuchten, produktionssteigernde Maschinen, dann läßt sich ungefähr ahnen, was von der Landwirtschaft noch alles zu leisten ist.

In dieser Richtung weist der Entwurf. Doch berücksichtigt er, daß dieser technische Fortschritt nicht durch Mangel und Vergrößerung erzielt werden kann; dazu bedarf es einer planmäßigen Erziehung der Bauernschaft. Und auch hier zeigt der Entwurf die Wege. Wir können sie nur kurz andeuten: Ausbau des landlichen Volkshochschulwesens, Fortbildungsschulen, landwirtschaftliche Schulen und Volkshochschulen, wie es sie vielfach in Dänemark bereits gibt. Weiter: ausgedehnte Betriebsberatung durch Veranlassung geeigneter Persönlichkeiten für diese Zwecke, durch Ausbau des Versuchswesens („es ist dahin zu streben, daß in jedem Dorfe... ein Versuchsfeld unterhalten wird, das vor allem zu Demonstrationszwecken zu dienen hat“), wie es in Holland bereits gegeben ist, durch Verbindung der Betriebsberatung mit Betriebsberatung, und schließlich nicht zuletzt durch Förderung der gesellschaftlichen Selbsthilfe (Viehversicherungsvereine, Milchgenossenschaften, Milchgenossenschaften, Saatbauvereine, Milchkontrollvereine usw.). Der Staat soll auch helfend eingreifen durch landwirtschaftlichsfördernden Ausbau des Verkehrswesens, durch Flurbereinigung und vor allem durch staatliche Kontrolle der Preisbildung landwirtschaftlicher Produktionsmittel (Dünger, Maschinen usw.), schließlich auch durch demokratischen Ausbau der landwirtschaftlichen Selbstverwaltungskörper, in denen bisher allein der Großgrundbesitzer das Wort führt.

Wie man also sieht, eine großzügige landwirtschaftliche Produktionspolitik. Doch erhöhte Erzeugung nicht dem Bauern und den städtischen Konsumenten nichts, wenn durch verteilende Maßnahmen alles wieder zur Gerechtigkeit gemacht wird. Neben der Produktionspolitik muß die Absatzpolitik stehen. Die Sicherung der Märkte, das ewige Hin und Her der Preise, veranlaßt durch Verfall und Überproduktion, daselbst dem Bauern und dem Arbeiter. Von plötzlichen Preisstößen, die den Bauern ruinieren, haben auch die Konsumenten nichts. Stabile Preise liegen im Interesse beider. Ausgestaltung des Handels, direkte Verbindung zwischen Erzeuger und Verbraucher durch die beiderseitigen Genossenschaften ist das Ziel gesunder Agrarpolitik. Wäher haben allerdings Verzüge in dieser Richtung nicht allzu bedeutende Erfolge gehabt, doch das darf nicht daran hindern, weiter in dieser Richtung zu arbeiten durch Förderung der landwirtschaftlichen und der Konsumgenossenschaften.

Aber diese Zusammenarbeit genügt noch nicht, um die Preise zu stabilisieren. Der Einfluß des Weltmarktes ist fernerhin zu groß, wie möglich auszugleichen. Dazu dienen nicht Agrarzölle, die nur auf die schwankenden Preise heraufrufen, dazu kann nur ein

staatliches Getreidehandelsmonopol

dienen. Das Reichsmonopol darf allein ausländisches Getreide kaufen; es kauft auch heimisches Getreide und verkauft beide zu einem angemessenen Marktpreis. Ein solches Monopol liegt im Interesse von Bauern und Konsumenten. Getreidehandelsmonopol ist die beste Gegenparole gegen das Schutzgeldgesetz des Großgrundbesitzes.

Mit einem solchen landwirtschaftlichen Produktions- und Absatzprogramm kann die Sozialdemokratie sich schon schon lassen. Doch wäre das Agrarprogramm noch nicht vollständig als sozialistisches Programm, wenn nicht auch die

Sozialpolitik für die Land- und Forstarbeiter und für die Bauern

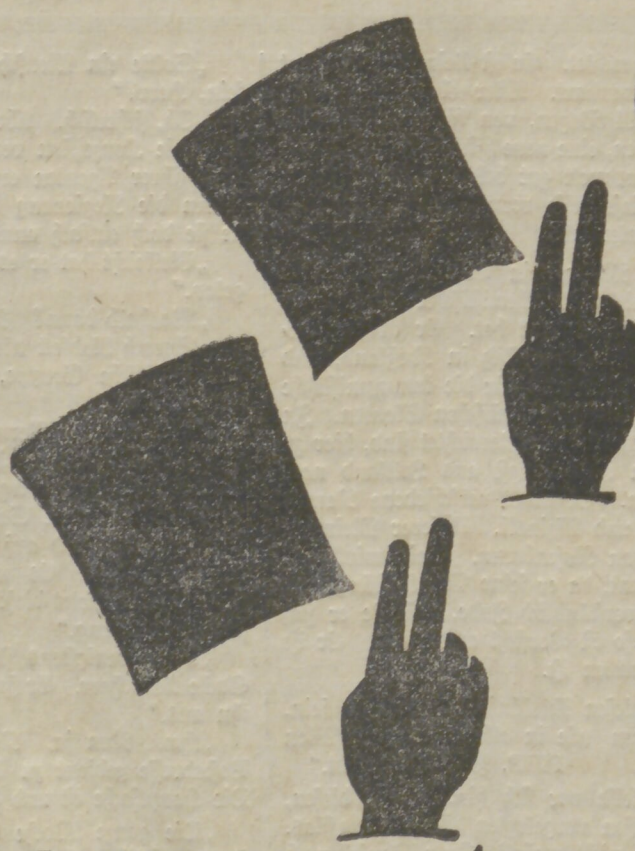
zu ihrem Rechte käme. Landarbeiter-Sozialpolitik ist in erster Linie Wohnungspolitik. Von den Eigenheimen, Selbstbauten usw., die den Arbeiter von den Mietswohnungen, Selbstbauten unabhängig machen, ist das selbstverständliche Ziel der Sozialdemokratie. Doch daneben auch Arbeitszeitregelung, Sozialversicherung, Arbeiterschutz und vieles andere mehr gefordert wird, sei hier nur erwähnt. Auch der selbständige Bauer bedarf der sozialpolitischen Hilfe durch Kranken-, Lebens- und Altersversicherung und durch Versicherung gegen Naturkatastrophen.

Soziale Produktionspolitik, im Interesse nicht nur einer Schicht des Volkes, sondern im Interesse der gesamten Volkswirtschaft, das ist der Sinn des Programmentwurfs, der sicherlich in großen Zügen die Billigung der Parteitagssitzung findet (nur würde es nichts schaden, wenn der etwas magere Wahrschnitt über die Steuerpolitik noch ausgebaut würde). Dieses Programm wird mit der alten, verlogenen Legende von der landwirtschaftlichen Sozialdemokratie aufzuklären. Es wird zeigen, daß die Sozialdemokratie mehr als die nationaler Vertreter der Landwirtschaft mit ihrem ewigen Gollgeheiß sich wirklich der Bauern annimmt, wie es für eine Partei des arbeitenden Volkes selbstverständlich ist.

Die Bedeutung des neuen Arbeitsgerichtsgesetzes.

Für die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterkraft, die überhaupt für die Arbeiterkraft im allgemeinen ist, das neue Arbeitsgerichts-gesetz, wie es im Dezember vorigen Jahres in dritter Lesung vom Reichstag verabschiedet wurde, von außerordentlicher Wichtigkeit. Da es im Juli dieses Jahres in der ersten Lesung über die Steuerpolitik noch ausgebaut wurde, dieses Programm wird mit der alten, verlogenen Legende von der landwirtschaftlichen Sozialdemokratie aufzuklären. Es wird zeigen, daß die Sozialdemokratie mehr als die nationaler Vertreter der Landwirtschaft mit ihrem ewigen Gollgeheiß sich wirklich der Bauern annimmt, wie es für eine Partei des arbeitenden Volkes selbstverständlich ist.

Der Reichstag ging dann auf die Einzelheiten des Gesetzes ein. Er bewies, daß es trotz aller Widerstände, besonders aus nationaler, gelang, eine fast sämtliche Arbeitsgerichtsgerichte den ordentlichen Gerichten zu entziehen. Die Arbeitsgerichte sollen für alle Streitigkeiten zuständig sein, die mit dem Arbeitsleben zusammenhängen, also sowohl für Kollektivstreitigkeiten wie auch für alle Streitfälle um oder aus Tarifverträgen. Gerade das ist bei der Sabotage der Arbeitgeber gegenüber dem Tarifgedanken von großer Wichtigkeit. Die Arbeitsgerichte sollen weiter in allen Einzelarbeitsverhältnissen zuständig sein, ebenso für alle Streitigkeiten aus dem Betriebsratsgesetz sowie für fast alle Streitigkeiten der Arbeiter und Angestellten (auch der Landarbeiter). Ausgenommen sind lediglich die Beamten und Lehrer aus der Seeleute. Wichtig ist weiter, daß in allen drei Instanzen (Ar-



Wir garantieren:

Unsere neue Mischung

enthält nur

Tabake der neuesten Ernte, frisch manipuliert

Diese Ernte vereint wie keine frühere leichte, bekömmliche Qualität mit blumigem Aroma und glattem Brand

MATOS 4.8
BACCARAT 5.8
PASSION 6.8

GARBÁTY

„Großer Tag.“
